

- Pressemitteilung -

**1. Kostenexplosion beim Neubau der Kita „Rotes Land“**

In der Stadtverordnetenversammlung am 28.05.21 berichtete der Bürgermeister im mündlichen Magistratsbericht, dass sich die Kosten für den Neubau um 1,6 Millionen Euro, immerhin stolze 70%, verteuern werden.

Die Frage warum im schriftlichen Magistratsbericht diese Kostensteigerung gestrichen wurde und woher diese Kostensteigerung kommt, sind Bestandteile der gemeinsamen Magistratsanfrage von SPD und CDU.

Außerdem soll erklärt werden, ob seitens des Bürgermeisters und des Magistrats bereits Maßnahmen eingeleitet wurden, um dieser enormen Kostensteigerung entgegenzuwirken?

**2. Weitere Nutzung der Kindertagesstätte Großalmerode**

Laut einem Pressebericht der HNA vom 28.05.2021 soll das von der Stadt Hessisch Lichtenau genutzte Kindergartengebäude in Großalmerode entweder saniert oder aber abgerissen werden. Für den Abriss stehen Fördermittel des Landes Hessen zur Verfügung.

Ausgehend von diesem Sachverhalt stellen die Fraktionen von SPD und CDU eine gemeinsame Magistratsanfrage.

Unter anderem soll erklärt werden, auf welche Höhe sich die Kosten belaufen, die der Stadt Hessisch Lichtenau zusätzlich entstehen werden, wenn sie die finanzielle Deckung für eine entfallene Förderung übernehmen muss. Unklar ist auch, ob es bereits eine alternative Planung seitens des Magistrats gibt, sollte das Gebäude in Großalmerode nicht weiter zu Verfügung stehen.

**3. Mitgliedschaft im Städte- und Gemeindebund**

Für diese Anfrage liegt dem Parlament bereits eine Antwort vor. Wenn allerdings eine bereits am 11. März durch „Team Howorka“ gestellte Magistratsanfrage bereits eine gute Stunde nach erneuter Anfrage des SPD/CDU-Bündnisses durch die Verwaltung beantwortet wird, dann wirft das Fragen auf:

- Handelt es sich bei der kurzen Abfolge zwischen der SPD/CDU-Anfrage und der Beantwortung der Monate zurückliegenden Anfrage von „Team Howorka“ um einen bloßen Zufall?
- Wenn die Antwort auf Anfrage von „Team Howorka“ bereits vorgelegen hat: Warum wurde sie dem Parlament so lange vorenthalten?

Die Fragesteller sehen in dem Vorgang einen Beleg dafür, dass berechtigte Anliegen der Stadtverordnetenversammlung nicht mit der - in diesem Falle auch gesetzlich vorgegebenen - Sorgfalt behandelt werden.